

osteuropa

Zeitschrift für
Gegenwartsfragen
des Ostens

Blüte im Verfall –
zur jüngsten sowjetischen
Rechtsentwicklung

Westliche Hilfe
ist kein Zauberelixier

Russisch-Orthodoxe Kirche
im Umbruch

42. Jahrgang Januar 1992 ISSN 0030-6428

Herausgegeben von der
Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde
Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart

osteuropa

ZEITSCHRIFT FÜR GEGENWARTSFRAGEN DES OSTENS

42. JAHRGANG/HEFT 1/JANUAR 1992

INHALT

Klaus Westen Blüte im Verfall. Zur jüngsten sowjetischen Rechtsentwicklung 3

Boris Meissner Gorbatschow, Jelzin und der revolutionäre Umbruch in der Sowjetunion (II) 21

Dirk Holtbrügge Westliche Hilfe ist kein Zauberelixier. Möglichkeiten der Unterstützung des Systemtransfers in der UdSSR durch die westlichen Industrieländer 41

Notizen

Joachim Bahlcke Der „rosa Panzer“. Oder: Vom schwierigen Umgang mit der Geschichte 56

Aspekte der Osteuropaforschung

Detlef Schubert Die verpaßte Chance. Einige Überlegungen zu Aufstieg und Untergang der Osteuropaforschung der DDR in den achtziger Jahren 60

Bücher und Zeitschriften

Perestrojka und sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik. Neuere englischsprachige Veröffentlichungen (*Roger E. Kanet, Terry D. Clark, Charles Z. Jokay*) 67

Ralf Dahrendorf: Betrachtungen über die Revolution in Europa (S. 76); *Lothar Rühl*: Zeitenwende in Europa. Der Wandel der Staatenwelt und der Bündnisse (S. 77); *Ferdinand Otto Miksche*: Das Ende der Gegenwart. Europa ohne Blöcke (S. 78); *H. Gordon Skilling*: Samizdat and an Independent Society in Central and Eastern Europe (S. 79); *Timothy Garton Ash*: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990 (S. 79); München 1938. Das Ende des alten Europa (S. 79); *Bernd Weg-*

Aspekte der Osteuropaforschung

Detlef Schubert

Die verpaßte Chance

Einige Überlegungen zu Aufstieg und Untergang der Osteuropaforschung der DDR in den achtziger Jahren

Innerhalb der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung der ehemaligen DDR erlangte die Osteuropaforschung in den achtziger Jahren ganz ohne Zweifel eine besondere Bedeutsamkeit und Brisanz. Dies war ein Wissenschaftszweig, bei dem sich wachsende Schwierigkeiten und anstehende Wandlungsprozesse des realen Sozialismus – gerade auch der DDR – frühzeitig ankündigten. Die Entwicklung der Osteuropaforschung offenbart zugleich ein Stück der inneren politisch-ideologischen Verfassung der offiziellen DDR in dieser Zeit, deren Untersuchung in beträchtlichem Maße zur Klärung der Umstände des Sturzes des Realsozialismus der DDR beitragen kann. Insofern versteht es sich von selbst, daß eine analytische Aufarbeitung der Entwicklungen gerade dieser Forschungen in der DDR – weit weniger als anderer – nicht primär als ein Problem innerwissenschaftlicher Genese gesehen werden kann. Vielmehr ist der Zusammenhang mit den vor und in dieser Zeit in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern ablaufenden politischen und gesellschaftlichen Prozessen für das Verständnis und die Erklärung der Entwicklungen innerhalb der Osteuropaforschung der DDR von zentraler Bedeutung.

In letzter Zeit sind Bemühungen zu beobachten, diese Entwicklungen einer Untersuchung zu unterziehen (vgl. z. B. den Artikel von E. Crome und J. Franzke, in: Osteuropa, 2/1991, S. 175f.). Im folgenden sollen einige Überlegungen zur Osteuropaforschung der DDR in den achtziger Jahren dargelegt werden. Sie stützen sich dabei auch auf Erfahrungen, die der Autor als zeitweilig Beteiligter an den betreffenden Forschungen, aber auch als Betroffener von Entwicklungen und Entscheidungen, wie sie gerade für diese Forschung charakteristisch waren, selbst sammeln konnte.

Politische Emanzipation als theoretische Reflexion – die Begründung politikrelevanter Osteuropaforschung der DDR in den siebziger Jahren

Der zeitliche Rahmen, innerhalb dessen die politischen und auch die theoretisch-methodologischen Ausgangspunkte der offiziellen, d. h. von den SED- und Staatseinrichtungen durchgeführten Osteuropaforschung in der DDR entwickelt und gesetzt

wurden, waren die siebziger Jahre. Bei allen Schwierigkeiten, denen sich der Staat DDR auch in dieser Zeit gegenüber sah (eine sichere Existenz und Perspektive der DDR hat es aus heutiger Sicht freilich zu keinem Zeitpunkt ihrer Entwicklung gegeben), fanden hier doch auch Ereignisse und Entwicklungen statt, die zumindest für die SED-Führung – um ein oft verwendetes Wort der offiziellen prodagandistischen Selbstdarstellung jener Zeit zu gebrauchen – erfolgreich waren.

Einmal fand die DDR Anfang/Mitte der siebziger Jahre als zweiter deutscher Staat auch in der westlichen Welt Anerkennung. Es eröffneten sich in der Außenpolitik neue Spielräume, die ausgefüllt werden wollten. So mußte insbesondere die Abgrenzung zum Westen, speziell zur Bundesrepublik, neu definiert werden. Dieser Prozeß war relativ offenkundig. Die SED-Führung empfand Genugtuung, die man auch zur Schau stellen wollte. Ideologisch-theoretischer Ausdruck dieser Entwicklung war die Auffassung von einer eigenständigen – sozialistischen – deutschen Nation, wie sie sich in der DDR herausgebildet habe.

Dies bedeutete Neuabgrenzung, aber auch Neubestimmung des Verhältnisses der DDR zur deutschen Geschichte und Gegenwart. Die Existenz der Bundesrepublik und damit auch ihres geistig-kulturellen Einflusses mußte – wenngleich natürlich notgedrungen und mit Weiterführung der ideologischen Auseinandersetzung – akzeptiert werden. Unzweifelhaft bildete die Neudefinition zum Westen den Schwerpunkt innerhalb der politischen Neubestimmung der DDR in dieser Zeit.

Zugleich war es aber auch notwendig, ein neues Verhältnis zu den Staaten des eigenen, des sozialistischen Lagers, speziell des Warschauer Paktes, zu finden. Nicht nur, daß die Sowjetunion von der Funktion entbunden wurde, die Interessen der DDR in den Staaten der westlichen und zum Teil auch der Dritten Welt unmittelbar selbst zu vertreten.

Vielmehr erschienen für die DDR, namentlich für die SED-Führung, die anderen Staaten des Warschauer Paktes, eingeschlossen die Sowjetunion, nunmehr deutlicher als äußere Größen. Ein eigenes außenpolitisches Profil, das in bestimmten Grenzen die Wahrung eigener Interessen gegenüber diesen Staaten und ihren kommunistischen Parteien sicherte, mußte entwickelt werden.

Dieser Prozeß vollzog sich im Unterschied zur Neubestimmung gegenüber dem Westen weniger öffentlich. Offiziell wurde weiterhin der „Bruderbund“ beschworen, während intern die Tendenz einer distanziert-kritischen Haltung gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zunahm. Das Auseinanderklaffen zwischen offizieller Darstellung und interner Interpretation des Verhältnisses der DDR zu den anderen Staaten des Warschauer Paktes sollte dann auch die Osteuropaforschung der DDR in den achtziger Jahren in entscheidender Weise prägen. Es wurde klar, daß die Osteuropaforschung der DDR zu den politisch sensibelsten Forschungszweigen in der DDR gehören würde.

Neben diesen Veränderungen im Umfeld der Außenpolitik waren es zum anderen gegen Mitte der siebziger Jahre die gesellschaftspolitischen Differenzierungsprozesse zwischen den Staaten des Warschauer Paktes, die für die spätere Osteuropaforschung der DDR Bedeutung besaßen. Zwei Gruppen von Unterschieden waren dabei anzutreffen. Erstens gab es Unterschiede zwischen den Ländern und ihren Gesellschaften, wie sie sich aus den spezifischen Bedingungen, historischen Traditionen und der nationalen Mentalität der Völker ergaben. Zusammen mit den Führungseigenarten der politisch Verantwortlichen in den einzelnen Ländern hatten diese Unterschiede auch Einfluß auf die Art und Weise der politischen Machtausübung und der Wirtschaftsleitung.

Bereits in dieser Hinsicht nahm die DDR eine Sonderstellung ein. Trotz ihrer spezifischen Gegebenheiten und Merkmale bildete sie nie eine eigenständige Nation. Sie blieb Teil der einheitlichen deutschen Nation. Ihr Schicksal war stets an das des anderen Teils, der im entgegengesetzten Werte- und Paktsystem stehenden Bundesrepublik

Deutschland, geknüpft. Der DDR war immer eine objektive Distanz zu Osteuropa eigen, der sich auch die Osteuropaforschung nicht entziehen konnte.

Hinzu kam jedoch noch eine zweite Gruppe von Unterschieden, die gerade in den siebziger Jahren immer deutlicher hervortrat und die für die sich formierende, politik-relevante Osteuropaforschung der DDR mindestens ebenso große Bedeutung besaß. Es waren dies Unterschiede im Niveau der sozialen Entwicklung, speziell im erreichten Grad der Industrialisierung und Technisierung sowie in der Höhe des Lebensstandards.

Hier existierte in der Tat ein Niveaufälle zwischen der DDR und den anderen Ländern, welches sich in den siebziger Jahren nicht verringerte, sondern eher noch anwuchs. Die DDR besaß unbestritten den höchsten Lebensstandard im sozialistischen Lager. Sie war das am meisten industrialisierte Land. Ihre Wirtschaft war im Vergleich zu den anderen Ländern besser organisiert.

Selbst im politischen Umgang mit den Menschen, einschließlich mit politisch Andersdenkenden, praktizierte die SED-Führung ein spezifisches Herangehen, daß sich bei aller Gemeinsamkeit in manchem von dem der kommunistischen Parteien in den anderen Ländern abhob. Sicherlich wäre es falsch, es als demokratischer zu bezeichnen, zumal es mit der Mauer die tödlichste Grenze im sozialistischen Lager gab. Aber die SED-Führung beschwor – nicht zuletzt natürlich aus Gründen ihrer eigenen Machterhaltung – eben auch ein möglichst „breites Bündnis aller Klassen und Schichten“ und einen „Dialog aller antiimperialistischen Kräfte“, eingeschlossen Vertreter der Kirche. Beides schien, trotz aller Schwierigkeiten, gegen Ende der siebziger Jahre partiell Wirklichkeit zu werden.

All dies veranlaßte die SED-Führung schließlich, gesellschaftstheoretisch eine neue Standortbestimmung vorzunehmen. Man gab endgültig die Idee eines allgemeingültigen Sozialismusmodells auf. Die „Konzeption von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, noch Anfang der siebziger Jahre als Gemeinschaftsleistung der Bruderparteien, als Korrektur eigener, separatistischer Fehlentwicklungen und als Wiederentdeckung politisch-ideologischer Einheit gepriesen, wurde nun DDR-spezifischer interpretiert. „Nationale Besonderheiten“ erschienen nicht mehr als im Grunde lästiges Beiwerk zu den allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten, wie dies die Marxsche Auffassung eigentlich vermittelt. Vielmehr erlangten diese Besonderheiten nunmehr die Dimension einer theorierelevanten Größe.

Generell wurde damit eine eigenständige Forschung der DDR zu Osteuropa – als Bestandteil der Sozialismusforschung – eigentlich erst möglich. Sicherlich gab es bis zu diesem Zeitpunkt bereits vielfältige wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu Osteuropa, einschließlich eines „Studiums der Erfahrungen der Sowjetunion“. Aber die Forschungen beschränkten sich wesentlich auf historische, kulturelle und linguistische Untersuchungen der betreffenden Region. Aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen der Länder wurden über Analysen der jeweiligen kommunistischen Parteien, kaum über eigene Analyse und Interpretation aufgenommen. Mehr noch verbarg sich hinter dem Erfahrungsstudium oftmals eine direkte Aufnahme theoretischer Positionen in das Arsenal der „eigenen“ Anschauungen, ja selbst praktische Methoden der Sowjetunion, etwa zur Produktionssteigerung, wurden kopiert. (Die negativen Erfahrungen, die hier ganz offenkundig gesammelt wurden, förderten zusätzlich die Suche nach eigenen Wegen.)

So war die erste Hälfte der achtziger Jahre durch einen Aufschwung der Osteuropaforschung der DDR charakterisiert. Es kam zu Gründungen entsprechender wissenschaftlicher Strukturen bzw. zu Neustrukturierungen von wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen. Die Osteuropaforschung entwickelte sich zu einem wichtigen Zweig der Sozialismusforschung.

Der Subjektivismus der politikrelevanten Osteuropaforschung der DDR

Ihre erste „Bewährungsprobe“ hatte die Osteuropaforschung in Vorbereitung des XI. Parteitages der SED 1986 zu bestehen. Obwohl die Reformprozesse in den sozialistischen Ländern, vor allem in der Sowjetunion, noch ganz am Anfang standen, war die SED-Führung, bedingt durch die Ereignisse in Polen und die Personalentwicklung in der Führung der KPdSU, an einer möglichst exakten Analyse der Prozesse in Osteuropa interessiert. Interne Studien zu diesen Entwicklungen wurden angefertigt, speziell vom Institut für Ökonomie und Politik sozialistischer Länder an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

In der Tat konnte diesen Studien eine detailliert-kritische Sicht der gesellschaftlichen Entwicklungen in den anderen sozialistischen Ländern nicht abgesprochen werden. Ganz im Gegenteil muß sogar konstatiert werden, daß die besagten internen Studien eine für die Analyse sozialistischer Verhältnisse, um die es sich ja schließlich handelte, äußerst kritische Wertung enthielten. Schwerpunkt waren die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Ländern, wobei nicht untere Struktureinheiten und Leitungsebenen im Mittelpunkt der Analyse standen, wie dies in Untersuchungen über die DDR der Fall war. Vielmehr wurde das gesamte Wirtschaftssystem einer ausführlichen Untersuchung unterworfen.

Die Osteuropaforschung bot als einziger gesellschaftswissenschaftlicher Forschungszweig der offiziellen DDR die Möglichkeit, eine kritische Analyse sozialistischer Verhältnisse, eingeschlossen die Aktivitäten kommunistischer Parteiführungen, vorzunehmen.

Dennoch wurden die besagten Studien – neben dem sicherlich prinzipiellen Problem eines einseitigen marxistisch-leninistischen und auch stalinistischen Herangehens – von vornherein von einer Diktion geprägt, die zwar nicht vorrangig von den Osteuropaforschern selbst, sondern von der SED-Führung und den „DDR-Forschern“ entwickelt wurde, die aber die Osteuropaforschung der DDR ihre spezifische Eigenart verlieh: Sie bestand darin, daß das vorhandene Niveaufälle zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Ländern ab Anfang/Mitte der achtziger Jahre von seinen Ursachen her, vor allem jedoch in seinem Ausmaß überschätzt wurde.

Man war der Auffassung, daß die DDR gegenüber allen anderen sozialistischen Ländern mit dem angenommenen Übergang zur sogenannten „sozialistischen Intensivierung der Volkswirtschaft“ einen beträchtlichen Vorsprung in der wirtschaftlichen Entwicklung besäße. Als Ursachen wurden neben unterschiedlichen historischen und nationalen Voraussetzungen, die von den Osteuropaforschern natürlich gesehen und auch herausgestellt wurden, vor allem Fehler in der aktuellen Wirtschaftsstrategie, konkret in der Handhabung des sogenannten „demokratischen Zentralismus“ gesehen. Man erkannte bei den meisten anderen Ländern eine zu große Zentralisierung sowie eine Unterbewertung von Wissenschaft und Technik als Faktoren der Wirtschaftsentwicklung.

Die beiden Hauptfehler, die sich hier zeigten, waren einmal ungenaue, aus einer verengten politischen Sichtweise heraus resultierende Kriterien für die sozial-ökonomische Standortbestimmung einer Volkswirtschaft, wie sie in der Intensivierungsthese zum Ausdruck kamen. Zum anderen fand eine Verkennung und Verdrängung spezifischer Quellen der Entwicklung der DDR-Wirtschaft statt, die schließlich mit zu dem höheren Niveau der sozialökonomischen Entwicklung der DDR beitrugen. Dies betrifft etwa die Vorteile, die die DDR aus dem innerdeutschen Handel zog.

Hinzu kam jedoch noch die Meinung, daß der technisch-ökonomische Entwicklungsstand eines Landes im Grunde das alleinige Kriterium für die Bestimmung des Niveaus in der sozialistischen Entwicklung sei. Die Analyse anderer gesellschaftlicher Strukturen wurde zumindest anfänglich entweder sehr stark in ihrer Bedeutung herab-

gesetzt oder aber sie wurden „ökonomisiert“. Dies betraf speziell die politischen Systeme der sozialistischen Länder. Es wurden vorrangig ökonomisch relevante politische Strukturen (staatliche Leitungen und gesellschaftliche Organisationen/ökonomische Aspekte in der Arbeit kommunaler und anderer Strukturen) untersucht.

All dies verhinderte schließlich, daß die Osteuropaforschung der DDR ein kritisches, zugleich aber auch ein objektives Verhältnis zu Entwicklungen in den anderen sozialistischen Ländern, einschließlich einer vergleichend-verallgemeinernden Analyse dieser Entwicklungen, realisieren konnte. Ihre Funktion bestand wesentlich darin, Informationen über die sozialistischen Länder zur Grundlegung der Außenpolitik sowie der Zusammenarbeit auf bi- und multilateraler Ebene (Warschauer Pakt und RGW) zu liefern.

Keinesfalls sollten Ideen und Erfahrungen der anderen Länder positiv in die Gestaltung des Sozialismus in der DDR eingehen. Die Forschungen über die DDR waren stets von diesen Forschungen getrennt. Die Osteuropaforschung der DDR war somit von Beginn an mit Grenzen konfrontiert, die ihr die Führung der SED, die mit der DDR befaßte Forschung, aber auch die akzeptierten, eigenen ideologisch-theoretischen Prämissen auferlegten. Die letztlich von ihr mitgetragene anmaßende Sichtweise verhinderte im entscheidenden Maße, daß die Osteuropaforschung der DDR eine aktiv-mitgestaltende Rolle beim friedlichen Wandel im Herbst 1989 spielen konnte.

Seit Mitte der achtziger Jahre – genauer mit der Machtübernahme Gorbatschows und den verstärkten Reformbestrebungen in Osteuropa – war es so nur eine Frage der Zeit, wann die Osteuropaforschung der DDR in eine Krise geriet. Allerdings nahm die Entwicklung in den Jahren 1985/86 zunächst einen anderen, gegenteiligen Verlauf. Die strategischen Neuorientierungen in der Sowjetunion sowie die zunehmenden Differenzierungsprozesse in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Länder Osteuropas bewirkten noch einmal einen gewissen Aufschwung der Forschungsaktivitäten, auch in Form einer Schwerpunktverlagerung des Untersuchungsfeldes.

Immer mehr gerieten neben ökonomischen Problemen Fragen der Entwicklung des politischen Systems und der Gestaltung der „sozialistischen Demokratie“ in den Mittelpunkt des Interesses. Es kam zur Bildung neuer Strukturen. Auch nicht der SED direkt angeschlossene wissenschaftliche Institutionen beschäftigten sich verstärkt mit diesen Problemen.

Die SED-Führung selbst hat zu diesem Zeitpunkt diese Entwicklungen in der Osteuropaforschung wohl nicht ohne Mißtrauen aufgenommen. Allerdings gab es weniger ideologische Einwände. Vielmehr hegte man Zweifel am praktischen Wert solcher Forschungen. Hinsichtlich des Vergleichs mit der DDR hatte die Osteuropaforschung mit der „Intensivierungsthese“ die Überlegenheit des DDR-Sozialismus mit nachgewiesen, und für die praktische Zusammenarbeit, die sich ja auch vorrangig im ökonomischen Bereich abspielte, hatte diese Forschung weniger Bedeutung.

Zudem muß gesehen werden, daß sich die politischen Veränderungen der anderen Länder Mitte der achtziger Jahre noch in Grenzen hielten. Dies galt sowohl hinsichtlich der Anzahl der Länder, die überhaupt Reformen einleiteten, als auch bezüglich der Tiefe der eingeleiteten Reformen. Vor allem jedoch stellten sich zu diesem Zeitpunkt die Reformen in der Sowjetunion fast ausschließlich als Absichtserklärungen dar. Die Entwicklungen in der Sowjetunion, auch interne Auffassungen der KPdSU, wurden zwar – soweit zugänglich – recht kontinuierlich verfolgt und analysiert. Aber weder die SED-Führung noch die Osteuropaforscher erkannten natürlich zu diesem Zeitpunkt die Tragweite der angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetunion.

So begrüßte man anfänglich sogar die Tendenz zu einer größeren Offenheit und die Zielstellung einer Effektivierung der Wirtschaft in der Sowjetunion, weil man hier Nachholbedarf sah. Für die SED-Führung erschienen die ersten Äußerungen Gorba-

tschows zur Perestrojka eher als Rhetorik. Man ging davon aus, daß sich hier vieles bald an der Realität abschleifen würde, wie dies in früheren Zeiten so oft geschah. In dieser Zeit war das Klima in der Osteuropaforschung der DDR relativ offen und – sofern man dies sagen kann – auch produktiv. Schließlich schien jene Vielgestaltigkeit des Sozialismus, die man lange als Merkmal herbeigeredet hatte, reale Gestalt anzunehmen. Der Spielraum für Diskussionen, jedoch nicht für neue Konzepte, erweiterte sich.

Subjektivismus als Dogma – Krise und Untergang der Osteuropaforschung der DDR

Ende 1986/Anfang 1987 kehrte sich die Situation in der Osteuropaforschung der DDR zunehmend um. Allen, auch der SED-Führung, wurde deutlich, daß der neue Kurs in der Sowjetunion von längerer Dauer und vor allem von einem qualitativen Wandel getragen war, wie er so nicht angenommen wurde. Dies betraf insbesondere die praktizierte Offenheit in der Darstellung und den Diskussionen von Mängeln, speziell in der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, sowie der sogenannten „weißen Flecken“ in der Geschichte der Sowjetunion, konkret der Verbrechen des Stalinismus.

Hinzu kam, daß die kommunistischen Parteien in Polen und Ungarn – teils durch den Druck der Ereignisse, teils aber auch aus Einsicht in die Realitäten und aus Verantwortung – begannen, öffentlich völlig neue Konzepte zu diskutieren, die die Grenzen des alten Systems bereits zu sprengen begannen. Es wurde nach einem neuen Verhältnis zu Andersdenkenden sowie nach anderen Wegen in der Wirtschaft gesucht. Das Wort „sozialistisch“ geriet immer mehr in den Hintergrund. Statt dessen erlangten „Markt“ und „Eigentumsvielfalt“ Bedeutung. Selbst über die „führende Rolle der kommunistischen Partei“ durfte zumindest öffentlich nachgedacht werden.

All diese Veränderungen stellten ideologisch wie theoretisch eine enorme Herausforderung für die Osteuropaforschung der DDR dar. Es wurde immer schwieriger, diese Entwicklungen noch mit dem Begriff der Vielgestaltigkeit des Sozialismus und dem vermeintlichen Nachholbedarf zu fassen. Entweder waren es zeitweilige Abweichungen in der Entwicklung des Sozialismus, also „Verrat“. Oder aber es waren notwendige Entwicklungserfordernisse, denen sich früher oder später alle kommunistischen Parteien und Länder zu stellen hatten. Eine dritte Interpretationsmöglichkeit wurde immer unglaubwürdiger.

Die politische Zerreißprobe, in die die Osteuropaforschung ab 1987 immer stärker geriet, bestand dabei darin, daß diese unterschiedlichen Interpretationen von den beiden politischen Hauptkräften in der DDR – der SED-Führung und der Bevölkerung – getragen wurden. Die SED-Führung forderte von der Osteuropaforschung, den „Sozialismus in den Farben der DDR“ zu rechtfertigen. Die Entwicklungen in den reformorientierten Ländern sollten intern kritisch-distanziert, öffentlich jedoch verharmlosend betrachtet werden. Letzteres geschah etwa im „Tapeteninterview“ des Politbüromitgliedes Hager im „Neuen Deutschland“ vom April 1987. Hagers Bemerkungen, die die Perestrojka in der Sowjetunion mit dem Neuanstrich in einer Wohnung verglichen, zeigten die Unfähigkeit der SED-Führung, mit den neuen Entwicklungen in Osteuropa fertigzuwerden. Unter den Osteuropaforschern selbst wurde dieses Interview, zu dem man Zuarbeiten geleistet hatte, mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Viele empfanden schon als eine vereinfachte Darstellung der Realität. Dennoch wurden die Äußerungen als politisch richtig angesehen. Es wurde auf Grund der Sensibilität des DDR-Sozialismus einfach nicht an eine Reformmöglichkeit dieses Sozialismus geglaubt.

Andererseits gab es einen wachsenden Druck durch die Bevölkerung, die – bedingt durch die Ereignisse im Osten und empört über die Haltung der SED – den DDR-

Sozialismus verstärkt in Frage stellte. Natürlich wollte die Bevölkerung keine Übernahme der Entwicklungen im Osten. Dazu war das Verhältnis der Mehrheit der Menschen zu Osteuropa, insbesondere zur Sowjetunion, viel zu distanziert. Wenn auch die Motivation eine völlig entgegengesetzte war, so gab es in dieser Hinsicht sogar eine plötzliche Gemeinsamkeit mit der SED-Führung. Dennoch empfand die Bevölkerung, vor allem auch jene auf Veränderung drängenden politischen Gruppierungen, wie sie sich damals formierten, in den Entwicklungen in Osteuropa ein Hoffnungszeichen.

Die Osteuropaforscher hatten zwar, sofern sie in Vorträgen und Diskussionsrunden auftraten, nie direkt Kontakt mit der Bevölkerung. Immer waren es Parteiarbeiter unterer Ebenen oder Intellektuelle, also ein bereits sortiertes Publikum. Dennoch wurden auch hier die Fragen kritischer. Da sich die Osteuropaforscher der Parteiführung gegenüber verpflichtet sahen, zugleich aber erkannten, daß diese Position vom Publikum nicht mehr abgenommen wurde, wick man verstärkt darauf aus, weniger zu interpretieren als zu informieren. Die Meinungsbildung überließ man den Zuhörern. Dieses Verhalten wurde für die Masse der Osteuropaforscher immer typischer. Obwohl in ihm zum Ausdruck kam, daß viele Osteuropaforscher bei allem Subjektivismus auch um eine einigermaßen realistische Darstellung der Entwicklungen im Osten bemüht waren, zeigten sich darin zugleich auch Ohnmacht und Unwille der Osteuropaforscher, zu den notwendigen Wandlungen in der DDR beizutragen.

Die wohl schwierigste und zugleich letzte Phase der Osteuropaforschung der DDR begann mit dem Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ im Jahre 1988. Der „Sputnik“ war mehr als nur ein einfaches sowjetisches Journal. Als Digest bot er einen Querschnitt über Veröffentlichungen in vielen sowjetischen Zeitschriften. Sein Verbot war ein Schlag gegen die ohnehin schon stark eingeschränkte Pressefreiheit. Es offenbarte den zutiefst reformfeindlichen Kurs der SED-Führung nunmehr in aller Öffentlichkeit. Der Bruch mit der Sowjetunion und den anderen reformorientierten Parteien und Ländern war endgültig vollzogen.

Sicherlich erkannte die Mehrheit der Osteuropaforscher, daß damit die Grenzen des Zulässigen überschritten wurden. Die Diskussionen innerhalb kleinerer Gruppen und im nicht offiziellen Rahmen – neben der öffentlichen Verlautbarung und der parteiinternen Analyse die dritte Ebene der Meinungsbildung und -äußerung – nahmen zu. Spätestens zu diesem Zeitpunkt mußte jedem die Gefährlichkeit des Kurses der SED-Führung bewußt werden.

Wenn dennoch die Osteuropaforschung, trotz ihres Wissens um die Entwicklungen, nicht in der Lage waren, sich auf die Seite der Reformkräfte in der DDR zu schlagen, so hat dies mehrere Gründe. Einige davon, vor allem die Treue zur Parteiführung, wurden bereits genannt. Es muß jedoch auch gesehen werden, daß die Osteuropaforschung seit 1986/87 immer stärker unter Beobachtung seitens der Parteiführung und der ihr zur Verfügung stehenden staatlichen Instrumentarien geriet. Ein kollektives Aufbegehren wäre von vornherein im Keime erstickt worden.

Dies enthebt allerdings nicht den einzelnen Wissenschaftler seiner persönlichen Verantwortung. Sie wurde unterschiedlich wahrgenommen. Letztlich vertraute die Mehrzahl auf eine Reform des Sozialismus, d. h. auf eine Erhaltung sozialistischer Strukturen, einschließlich eines zumindest zeitweiligen Überlebens des Staates DDR. Dies sollte sich, neben dem allzu langen Verteidigen eines Sozialismus in den Farben der DDR, als zweite Fehlhaltung erweisen. Insofern war der Untergang der Osteuropaforschung der DDR am Ende nicht nur logisch, sondern auch gerechtfertigt. Inwiefern dieser Untergang auch der Abgang aller in ihr tätigen Forscher darstellt, ist noch ein offenes Problem.